

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Erscheint wöchentlich nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Herausgeber: Geschäftsstelle Nr. 21296 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postleitzettelnummern Dresden Nr. 2486. — Stadtteilzettelnummern Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundseite oder deren Raum 30 Pf., die
66 mm breite Grundseite oder deren Raum im amüsanten Teile 60 Pf., unter Eins-
gefahrt 90 Pf. Erhöhung auf Geschäftsanzeigen, Familienanträgen u. Stellen-
suche. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Blätter, Verkaufsstelle von Holzplanten auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptredakteur Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 133

Dresden, Mittwoch, 11. Juni

1924

Der Sturz Millerands.

329 gegen 214 Stimmen.

Die entscheidende Kammerabstimmung.

Paris, 10. Juni.
Heute nachmittag um 3 Uhr stellte sich die Regierung Maréchal der Kammer mit einer kurzen Erklärung vor. Sie betonte einleidend, daß das Kabinett nur konstituiert sei zu dem Zweck, dem Parlament die Möglichkeit zu geben, zu der Debatte konstitutioneller Natur Stellung zu nehmen, die seit einigen Tagen im Parlament geschafft werde. Das neue Ministerium habe unter diesen Umständen auf die Ausstellung eines eigenen Regierungsprogramms verzichtet. Seine Mission habe ein bestimmt und engbegrenztes Ziel. Entweder das Parlament spreche sich dahin aus, daß die konstitutionellen Regeln unanfechtbar und dem Streit der Parteien entzündet sein müssen. In diesem Falle bediente das Buum den Führern der neuen Mehrheit, daß sie die Pflicht hätten, die Verantwortung für die klassischen Geschicke Frankreichs, die ihnen bereitstehen würden, auf den Händen des Präsidenten der Republik einzugehen. Im andern Falle, d. h. wenn das Parlament die in der Volkschaft des Präsidenten formulierten Prinzipien nicht billige, werde das neue Ministerium dem Präsidenten von dem Scheiterer seiner Mission Mitteilung machen, und dieser werde daraus die Konsequenzen ziehen.

In der Volkschaft des Elysée, die dann zur Verlesung gelangte, erinnerte Millerand daran, daß er mit 685 Stimmen zum Präsidenten gewählt worden sei und bereitstet damals erklärt habe, daß er nur in das Elysée gehe, um „eine nationale Politik des sozialen Fortschritts, der Ordnung, der Arbeit und der Einheit zu verteidigen“. Diese Politik wird ausschließlich im einzelnen dargelegt und dann behauptet Millerand, die Prinzipien, die er sich damals zum Ziel gesetzt habe, gezielt innehalteten zu haben, obwohl das Land am 11. Mai keinen Zweifel darüber gelassen habe, daß es darüber wesentlich anderer Auffassung ist, als er selbst. Die Volkschaft weist schließlich darauf hin, daß der Präsident vom Parlament nur bei Hochverrat zur Verantwortung gezogen werden könne und die Verfassung die Amtsdaten des Präsidenten auf sieben Jahre festgesetzt habe, um sie den wechselnden Strömungen der Tagespolitik zu entziehen. Sie gibt der Erwartung Ausdruck, daß das Parlament die Verfassung rechtfertigen werde. Wenn das nicht der Fall sein sollte, heißt es weiter, wenn die Entscheidung dahin fallen sollte, daß der Wahlspruch einer Mehrheit einstimmig genügt solle, den Präsidenten zu zwingen, aus politischen Gründen abzutreten, so würde damit der Präsident zum Spielball in der Hand der Parteien werden. Die Beschlüsse der Mehrheit nennen die Volkschaft revolutionär.

Geschäftliche Abgeordnete bemühen sich im Parteidirekteure dahin zu wirken, daß die neue Legislaturperiode mit einem revolutionären Akt beginne. Die Kammer wird es ablehnen, ihnen zu folgen. Der Senat aber, getreu seiner Tradition, wird, wie er es seit in schwieriger Situation gewesen ist, auch diesmal wieder der höhere Hort der Verfassung bleiben.“

Eine konstitutionelle Frage vor der Tagwelle, wie sie durch die gegenwärtige Krise aufgeworfen sei, heißt es weiter, kann nicht durch Beschlüsse einzelner oder politischer Gruppen geregelt werden. Deshalb, so schließt die Volkschaft, wendet sich der Präsident an die neue Kammer, zu deren Auffassung, Vaterlandsliebe und republikanischer Gesinnung er volles Vertrauen habe. Er habe seine Pflicht getan, nunmehr sei es Sache des Parlaments, auch seinerseits die Verantwortung zu übernehmen.

Noch bevor Maréchal die Volkschaft des Elysée verlesen hatte, wurde von dem Kartell der Linken folgender gemeinsamer Antrag eingereicht:

Die Kammer, entschlossen, in feinerster Weise zu verhandeln, die Wahlen des Reichstags jedoch

Paris, 10. Juni.
Das Bureau des Präsidenten der Republik veröffentlicht folgende Note:
Der Ministerpräsident hat sich mit den Ministern zum Elysée beigegeben, um dem Präsidenten Mitteilung von den Vorgängen im Parlament zu machen. Millerand dankte Maréchal und seinen Kollegen lebhaft für die Unterstützung, die sie ihm bei der Verteidigung der Verfassung gewährt hätten. Da die Minister ihre Demission anboten, antwortete Millerand, daß er angesichts der Sitzungsberichte aus Kammer und Senat, die ihm der Ministerpräsident erstattet habe, zurückzutreten beschlossen habe. Er ersuche dementsprechend das Kabinett, im Amt zu bleiben. Der Ministerrat wird morgen vormittag zusammentreten. Die Demission des Präsidenten der Republik wird Kammer und Senat in der morgigen Nachmittagssitzung bekanntgegeben werden.

Ministerium zu treten, dessen Zusammensetzung eine Negation der Rechte des Parlaments ist, lehnte die verfassungswidrige Debatte, die man ihr aufzwingen will, ab und beschloß, jede Abstimmung zu vertagen bis zu dem Zeitpunkt, da sich ihr ein in Übereinkunftung mit dem vorherigen Willen des Landes zusammengestelltes Ministerium konstituiert wird.“

Die Eröffnung der Regierung wurde von der Rechten und der Mitte mit Beifall, von der Linken mit Schweigen aufgenommen. Präsident Poincaré verabschiedete hieraus die vorliegenden Interpellationen sowie die Resolution des Kartells der Linken.
Der Ministerpräsident Maréchal stellte am Schluß seiner Rede die Vertrauensfrage. Der Vertragshandlungsvortrag Herricot wurde schließlich mit 329 gegen 214 Stimmen angenommen. Nach der Abstimmung beschloß die Mehrheit den Wortlaut der heute angesprochenen Tagesordnung und das Ergebnis der Abstimmung, d. h. die Kammeraufzettelung der Abgeordneten, die für oder gegen die Tagesordnung gestimmt hatten, im ganzen Lande zu verbreiten. Die Kammer beendete die Aussprache um 7 Uhr abends und vertrug sich auf Mittwoch nachmittags 3 Uhr, um eine Erklärung der Regierung entgegenzunehmen.

Die Haltung des Senats.

Paris, 10. Juni.
Der Senat hat nach der Verkündung der Volkschaft des Elysée und der Regierungserklärung mit 154 gegen 114 Stimmen die Vertragshandlungsvorlage der von dem ehemaligen Landwirtschaftsminister Cheron eingebrochenen Interpellation beschlossen. Dieser Beschuß bedeutet, daß der Senat das Votum der Kammer abweichen und es auf keinen Fall zu einem Gegensatz zwischen sich und der Kammer kommen lassen will.

Die Präsidentschaftskandidaten.

Paris, 11. Juni.
Die Wahl des neuen Präsidenten der Republik wird jedenfalls am Freitag um 1 Uhr mittags in Versailles stattfinden. Vorlagen werden die Parteien der Mehrheit von Kammer und Senat eine Vorabstimmung vornehmen. Es fragt sich, ob das Kartell der Linken noch weitere Abgeordnete zu dieser Handlung zusenden werde. Nach dem „Echo de Paris“ sollen alle die hinzugezogen werden, die dafür gestimmt haben, daß die Präsidentschaft des Kammerpräsidenten Präsident angeklagt wird. Bis jetzt besteht man nur von der Kandidatur Präsident. Die Blätter der Mittelparteien halten auch die Kandidatur des Senatspräsidenten Bonnecaze für möglich. Einige sprechen auch von einem Auftaktseiter. In Berlin wurden hiermit und bereits zwei Namen genannt, die Senator Paul und Wendt.

Belgien läßt die politischen deutschen Gefangen frei.

London, 11. Juni.
„Daily Telegraph“ berichtete die belgische Regierung hat beabsichtigten Freilassung der politischen Gefangenen in der besetzten Zone und in der Flucht, man könne sich daran verlassen, daß die kommende französische Regierung ein gleiches Verfahren verfolgen werde. Die britische Regierung werde Belgien für seine Haltung dankbar sein, die, wie man glaube, eine rasche Befreiung in den Beziehungen zwischen den Alliierten und Deutschland zu bringen werde.

Völkerbundspolitik der französischen Linken.

L. J. Der Kampf der französischen Linken gegen die hergebrachten politischen Methoden kommt immer stärker zum Ausdruck. Georges Scelle, Professor für internationales Recht an der Universität Dijon, einer der einflussreichsten Vertreter für eine europäische Einigung der französischen Politik, weiß im „Progrès Civique“ die neuen Weg, die die internationale Diplomatie unter die demokratische Kontrolle des Völkerbundes stellen soll. Er macht die Geheimdiplomatie mit ihrem frevelhaften Intrigenpiel für den noch immer friedlichen Frieden Europa verantwortlich und schildert schonungslos den Anteil Frankreichs an diesem Krieg in Frieden — dann der Herrschaft des Bloc National. Scelle führt auf: Seit 1919 haben in Frankreich zwei Richtungen miteinander gekämpft: die Richtung eines Wilson, der, wenn auch nicht klar, doch mit starfer Intimität fühlte, daß die Zeit gekommen sei, die alten diplomatischen Methoden durch eine Völkerbundspolitik zu ersetzen und die Richtung Clemenceau, die die Regelung des Weltfriedens nur als eine deutsch-französische Regierung angelebt betrachtete, wie sie der Krieg von 1870/71 gewesen war. Diese überalterte Ansicht hat Poincaré als Ruder gebracht; auch er erkannte nicht, daß eine Durchführung des Verfaßter Vertrags ein Ding der Unmöglichkeit, daß die Richtung Europas nur durch eine Solidarität von Siegern und Besiegten möglich sei. Unter Briand, der sich seinerzeit heißt mit gemeinsamem Vorgehen mit England bemühte, hatte man in Frankreich einen wesentlichen Erfolg gefeiert im Sinne des europäischen Solidaritäts. Besonders in Spanien. Aber die reaktionäre Hege gegegen Briand, die von Millerand und Poincaré gefeuert wurde, brachte diesen mutigen Patrioten zu Fall, sobald er ohne Kammervoluum gehörte; die reaktionäre Kammer rührte keinen Finger, um ihn zu halten.

Mit Poincaré geht dann die Geheimdiplomatie mit allen Advoletenbünden ein. Alle internationalen Konferenzen hören auf, die Arbeit des Völkerbundes wurde lärmlich erübert, der Bruch mit Russland verstärkt, die Alliierten vor dem Kopf gefangen. Erst als im vergangenen Jahr, durch die Aufzersetzung, ein völliger Bruch mit den Alliierten drohte, begann man einzutreten. Aber das Unheil nahm seinen Lauf, der Frankfurter rißte ein und öffnete dem französischen Volk die Augen.

Für alle Beschwörungszmandate war es zu spät. Am 11. Mai hat Frankreich Voll mit seinen Verbündeten abgetrennt. Scelle befürchtet, daß auch im Bloc National zahlreiche gute französische Patrioten sind — sie haben, wie auch Poincaré, nicht aus bösem Wollen, sondern aus mangelndem Verständnis für die Bedürfnisse einer neuen Zeit gefeiert. Sie sind Rue-Françaises geprägt, hypnotisiert durch Reparations- und Sicherungsproblem. Sie meinen, Deutschland koste 130 Milliarden jährlich, wie Frankreich 1871 5 Milliarden zahlte. Als ob man solche Summen von Land zu Land übertragen könnte, ohne das ganze Finanzsystem des Schulden zu ruinieren! Seit fünf Jahren sagt Scelle, hat die französische Linke dauernd auf die finanzielle Seite des Verfaßter Vertrages hingewiesen und Vorschläge im Sinne des nun akzeptierten Expertenprogramms gemacht, dahingehend, Deutschland einen großen internationalen Kredit zu gewähren und es in die Lage zu setzen, zum einen Teil der öffentlichen Schulden seiner Gläubiger zu übernehmen. Vor fünf Jahren, als die deutschen Finanzen noch gut waren, wären solche Kredite durchaus möglich gewesen. Noch vor einem Jahre wollte die Bankenkommision Deutschland 50 Milliarden Kredite gewähren, heute scheut man sich 30 Milliarden zu leidenschaften. Poincaré selbst hat daher die Summe reduziert müssen und ist tatsächlich auf 15 Milliarden heruntergegangen. Auch diese Summe ist fraglich. Die deutsche Wirtschaft den französischen Staaten nach sich gezogen. Deutsch-

land kann nur zählen in dem Maße, in dem seine Ausübung sich wieder hebt.

Unsere Aufgabe ist, sagt Scelle, zu wachen, daß die Ausfuhrerwerne Deutschlands nicht dem Rückungsmobil dienen. An diesem Punkte treffen sich Separations- und Sicherheitsproblem.

Der Krieg war der Höhepunkt der höchsten Nachpolitik. Auch die Erhaltung, daß er durch die Kontrolle des Stahl- und Eisenwerke, eine Sicherung gegen deutsche Rüstungen hat, war Illusion, da er den Bezug der militärischen Kontrollkommission herbeiführte. Überhaupt müssen wir feststellen, sagt Scelle, daß alle im Vertrag vorgegebenen Sicherungen hinfällig sind.

Die moralische Ablösung bietet die einzige Sicherheit. Der Haß muß abgebaut werden! Die Beziehung des Rheinlandes wie die Unterstützung der Separatisten haben nur dem deutschen Nationalismus gedient. Letztere hat vor allem die zentralistischen Bestrebungen gefördert. Es war Frankreichs größter Fehler, daß es nicht seit dem Waffenstillstand die deutschnationalen Schleppenträger überwunden werden! Frankreich und Englands gute Wille muß Antrieb in Deutschland!

Die Zeit der militärischen Sicherungen wie der Deutschen Union ist vorüber. Die Stärkung des Völkerbundes ist die Zukunftssicherung der Völker.

Frankreich hätte schon 1919 alles versuchen müssen, Deutschland in den Völkerbund aufzunehmen, soll sich seiner Ausnahme zu widersetzen.

Dadurch wäre dieser, moralisch, ungeliebt gehäuft worden, und die darin vertretenen

55 Staaten hätten schon jetzt eine öffentliche Kontrolle über die Diplomatik der Röhmstelle ausgeübt.

Aber in Genf kann die Frage der deut-

schen Rüstungen, der Reparationen, gelöst werden auf internationalem Grundlage. Wenden wir uns nach Genf — nicht nach London! Scelle betont,

dass der Völkerbund Frankreich die Möglichkeit bietet, seine demokratische Tradition, seine mor-

alischen Kräfte zur höchsten Entwicklung zu bringen und damit den neuvergründeten europäischen Staaten einen Rückhalt und ein heroisches Beispiel zu geben.

Vieler hat Frankreich in Genf nur eine traurige Rolle gespielt. Es hat den wenigsten Männer, die es dort vertreten, entgegen, keine

kleinen Diktatoren gegeben, hat jede Partei Initiative unterbunden.

Diese Politik hat den Einheit Deutschlands verhindert und England in seiner Feindseligkeit gegen Genf bestimmt. Hätte Frankreich mit ganzer Kraft den Völkerbund gefördert, so hätten auch die Vereinigten Staaten ihren Widerstand ausgegeben.

Poincaré, den Frankreichs Polizist an den Rhein und die Ruhe geletzt, hat dadurch auf allen Einfluss auf die kleine Entente verzichtet, sodass diese mehr und mehr in das Zentrale Russland geraten ist. Wo man hinkommt, sagt Scelle, hat das System Poincaré Frankreich außenpolitische Schläppen zugezogen.

Der Nachfolger Poincarés hat ein schweres Werk vor sich. Aber die Aktionäre hat den Vorteil, dass gezeichnet zu sein: Sein Nachfolger muss auf allen Gebieten die entgegengesetzten Methoden praktizieren.

Wie in Kürze zusammengezogener Zeitgedanken der französischen Linde und für Deutschland ebenso lehrreich wie hoffnungsvoll. Frankreich befindet damit den festen, klaren Willen zu einer auf allen Gebieten zusammen Friedenspolitik: Das diplomatische Rädchen soll über Bord geworfen werden. An seine Stelle sollen ethisch-

keit und Vertauung treten. Das internationale Forum des Völkerbundes soll die Geheimdiplomatie erlegen. Ein neuer Tag der Weltgeschichte, der Menschheitsgeschichte bricht an! Die englische Arbeiterschaft geht Hand in Hand mit dem neuen Frankreich! Bis-

her waren beide mächtigsten Großmächte unter ihren realistischen Führern, schwer Hindernisse für eine wahre Völkerbundspolitik. Die Röhmstelle Organisation war im wesentlichen ein Instrument der Siegerpolitik. Dieser Raum ist gelöst. Alle anderen 55 angeschlossenen Staaten haben das größte Interesse an dieser Abschaffung jeglicher Nachpolitik der beiden führenden Großmächte zugunsten des internationalen Rechts. Sie werden mit Vollkampf am Aufbau des Völkerbundes mitwirken.

Was wird Deutschland tun? Sein Lebensinteresse liegt in derselben Linie. Wird es die neue Hoffnung hören? Oder wird sie durch das Gefühl der Stahlhelmunterstützung und ihrer parlamentarischen Schleppenträger überwunden werden? Frankreichs und Englands gute Wille muss Antrieb in Deutschland!

Diese Antwort muss vom deutschen Volke ausgehen! Von diesem Reichstag wird kein neuer Geist, kein Völkerbundswille aus gehen.

Wie Frankreichs und Englands Volk seine Reaktion verlangt hat, so muss auch Deutschland die Kraft finden, es zu tun. Nur Neuwahlen können ethische Antwort auf den Völkerbundswillen der englischen und französischen Freunde und Schleppen geben.

Neuwahlen mit der Losung:
Für Demokratie und Völkerbund —
gegen Reaktion und Verherrlung!
Dann wirds Reitung.

Gefangenenseitene-Reform. Geldige Verairung im Reichstag.

Berlin, 11. Juni.

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, soll die den kommenden neuen Verpflichtungen des Reichs angepaßte Gefangenenseitene-Reformvorlage dem Reichstag möglichst bald zugehen und noch vor den Ferien, am jeden Fall aber bis zum Herbst, durchverlesen werden. Über den Inhalt des Vorlegs erfahren wir von anderer Seite u. a. folgendes:

Mit einer wesentlichen Reform der bestehenden Tarijähe ist bestimmt zu rechnen. Die 10 Proz. Lohnsteuer wird in ihrer jetzigen Form beibehalten. Dasselbe gilt auch für das vielfach getrennte Prinzip der angeblich ge-kannten Gegenwartsbefreiung. Den Wünschen nach Wiedereinführung der Vergangenheitsbetrachtung gegenüber glauben die zuständigen Stellen nicht auf die Vorjahrszahlungen verzichten zu können.

Vor einem Eisenbahnerstreit? Heute letzte Verhandlungen mit der Regierung.

Berlin, 11. Juni.

Während der Flüchtlingslage ist es eigentlich nicht zu erwarten, daß die Organisationen, die zum Teil in die besonders gefährdeten Reichsbahndirectionen vertreten sind, in Betriebsversammlungen eindeutig vor Teillösungen warnen und darauf hinweisen, daß die bestehenden Maßnahmen verhindern, daß die Gewerkschaften auf allen Gebieten zusammen Friedenspolitik: Das diplomatische Rädchen soll über Bord geworfen werden. An seine Stelle sollen ethisch-

dass auch durch solche Nebenhandlungen gernmehrnde Wirkungen erzielt werden können. Nicht aus mangelnder Menschenkenntnis allein hat jeder Kommunist eine Tillerseite oder Kindertrompete in der Tasche, sondern weil er weiß, daß der verhasste Parlamentarismus immer noch so viel Lebendigkeit besitzt, daß für seine Vermählung auch die Waffe des Lägerhauses herhalten muß.

Kein, nicht dort im deutschen Reichstage platzten zwei Rivalisierungen aneinander, sondern ganz wo anders. Was dort am Königsplatz sich abspielt, ist Gespänkel zwischen Gleisgekündigten, das vielleicht morgen für unerwünschten Frieden führen kann. Die Weltanschauungen, deren Endkampf sich etwas weniger gewaltvoll abspielt, die heißen nicht Ludendorff und Lenin, sondern Ludendorff und Gandhi.

Auch diese beiden Weltanschauungen, so abgrundt sie einander stehen, entspringen sicher der heiligen Vaterlandsliebe. Die Weltanschauung der beiden Weltanschauungen liegt in der Einbildung der beiden Personen begründet. Ludendorff, aufgewachsen unter dem Eindruck der Erfolge der preußischen Waffen, sah diese Waffen im Geiste ihres Siegeszug fortsetzen über Kontinentale. Gandhi, aufgewachsen unter dem Eindruck der brutalen Unterdrückung seines Volkes durch die englischen Herrscherschaften, sah nur die Erfolglosigkeit aller bisherigen gewaltarmen Befreiungsversuche. Sedan wurde für Ludendorffs Weltanschauung der Beweis der Nichtigkeit, das Blutbad von Borkum wurde für Gandhi der Beweis des Unauslöschbarkeit der Gewaltpolitik.

Der Werdegang des Gandhi vom Hochschulstudium in England zum Anhänger Tolstoi, vom Reichskammerrat bis zum Apostel der Lehre des gewaltlosen Widerstandes, ist so oft beschrieben worden, daß er hier nicht wiederholt zu werden braucht. Man hat gesagt, daß solche Lehre nur auf dem weichen Charakter der Hindus geblieben könne. Das ist ganz irrt, denn der Gandhi hat auch die kriegerischen indischen Mohammedaner in den Kämpfen Bomben abwerfen, sondern weil er wußte,

daß England begriff, daß an dieser Lehre bestimmt seine Weltherrschaft zerstört werden könnte. Nicht aus mangelnder Menschenkenntnis allein hat jeder Kommunist eine Tillerseite oder Kindertrompete in der Tasche, sondern weil er weiß, daß der verhasste Parlamentarismus immer noch so viel Lebendigkeit besitzt, daß für seine Vermählung auch die Waffe des Lägerhauses herhalten muß.

Nicht aus mangelnder Menschenkenntnis allein hat jeder Kommunist eine Tillerseite oder Kindertrompete in der Tasche, sondern weil er weiß, daß der verhasste Parlamentarismus immer noch so viel Lebendigkeit besitzt, daß für seine Vermählung auch die Waffe des Lägerhauses herhalten muß.

Als England begriff, daß an dieser Lehre bestimmt seine Weltherrschaft zerstört werden könnte, und als es dem Gandhi den Prozeß machte, da-

ßass die Regierung ihren Standpunkt nicht ändern sollte.

Gestern haben in Berlin die Verhandlungen über die Frage

Streit oder neue Verhandlungen?

begonnen. Zunächst sind die Vertreter der christlichen Richtung des Deutschen Gewerkschaftsbundes zusammengekommen, deren Entscheidung in den Nachmittagsstunden zu erwarten ist. Heute liegt der steigewirtschaftliche Deutsche Eisenbahnerverband, der Allgemeine Eisenbahnerverband und auch die kommunistische Opposition mit heute zusammen, obwohl hier ein grundlegender Beschluss schon am Freitagabend gefasst worden ist. Die Kommunisten haben beschlossen, ihre Mitglieder

Zum Streit aufzurufen,

wollen aber vorsichtshalber noch die Entscheidung der gewerkschaftlichen Großorganisationen abwarten.

Wie wir hören, werden die Gewerkschaften noch

im Laufe des heutigen Tages einen

neuen Schritt bei der Regierung

versuchen. Sollte dieser ausfallen, ist in allerdingen kaum noch an der Durchführung des Streits zu zweifeln, der zunächst weniger den Personenverkehr berührt dürfte, dessen Bedeutung auf die Güterbeförderung sich

aber schon nach einigen Tagen bemerkbar machen müsste.

Aber, aber, Herr Dinter!

München, 10. Juni.

Eine Säule der Bürgschaft ist bekanntlich der Judentheater und Urtheater Arthur Dinter, früherer der Bürgschaft im Thüringer Landtag. Dieser Künstler im Streit für deutsches Heldentum war im Kriege Hauptmann bei einer Bataillonsschwester hinter der Front in Russland. Sein Verhalten während dieser Zeit war nichts weniger als rauisch und heldhaft. Die in Regensburg erscheinende "Deutsche Völkerwacht" berichtet über Herrn Dinter:

Dinter fragte gegen Syndikus Rammer, weil dieser ihm öffentlich der Feigheit beschuldigt hatte. Als Zeuge erschien der Kommandeur Dinters, Oberstleutnant Hesse, und erklärte: "Hauptmann Dinter habe sich überaus nervös und angstig gezeigt und dadurch die Mannschaft einer recht komischen Eindruck gemacht." Die Frage des Gerichts vorherrschend, ob er Dinter für einen milösen und feigen Soldaten halte, beantwortete der Oberstleutnant mit einem lauten "Ja!"

Der Hunger im Bund mit den Unternormen.

Die oberösterreichische Streit beendet.

Bregenz, 10. Juni.

In Österreich ist, im Bergbau wie auch in der Metallindustrie, der Streit als beendet angesehen. Eine Konferenz der Betriebsräte beschloß, die Arbeiterschaft zur Wiederaufnahme der Arbeit aufzufordern und beauftragte die Gewerkschaften, mit den Arbeitgebern in Verhandlungen über die noch offenen Fragen, insbesondere die Lohnabschlüsse und Maßnahmen einzutreten.

Die Revierkonferenz der Bergarbeiter hat sich in einem Aufruf an die Öffentlichkeit gewandt, in dem auf die Ursachen der Niederlage der Arbeiterschaft eingegangen wird. Die Ar-

beiterschaft in vielen Betrieben etwa 50 Prozent ist allgemein. Sie wird verlangt durch die Haltung der Arbeitgeber, welche die Gelegenheit zur Vornahme eines strengen Aufwachs unter den Belegschaften bauen. Damit ist die seit sechs Wochen dauernde Bewegung beendet. In den breiten Massen der Arbeiterschaft war, unter dem Eindruck des austrodeutschen wirtschaftlichen Glanzes, dem die Gewerkschaften nicht in der Lage waren, schon nach kurzer Zeit die Kampftimmung sehr herabgedrückt. Jetzt steht den Arbeitgebern, die vom ersten bis zum letzten Tage jede Verhandlung abgelehnt haben, eine vereinigte Masse gegenüber, die der Hunger wieder in die Betriebe treibt, in der aber durch die langen Entbehrungen die feindliche Stimmung nur gewachsen ist.

Die Last der Micumverträge.

Der erdrosselte Bergbau.

Essen, 10. Juni.

Von unerträglicher Seite wird über die aufwendigsten Verhandlungen bestreit die Erneuerung der Micumverträge im Bergbau und in der Eisenindustrie u. a. mitgeteilt:

Das bisherige Micumabkommen für den Bergbau sieht vor, daß von der Kohlenförderung des Ruhrbergbaus 27 Proz. unentbehrlich zu Lasten des Ruhrbergbaus an die Entente abgegeben werden müssen. Tazu kommt der Belegschaftsvertrag einschließlich Depotslohs mit 12 Proz. der Förderung, für die der Ruhrbergbau seinen Erlös erzielt. Die Folge ist, daß der Gesamtzufluss aus Ostafrika der Betriebe nach Abzug des passiven Widerstandes eine Schuldlast von 120 Mill. Goldmark liegen lässt.

Die notwendigen Kredite sind aber nur unter den drückendsten Bedingungen zu erlangen. Von einer Provisone kann im Ruhrbergbau daher kaum mehr gesprochen werden. Wieder die Abschlagsmöglichkeit der Rutschlohe nicht durch das Micumabkommen erdrosselt werden kann, so wäre eine erhebliche Umstellung der Belegschaft in produzierendem Sinne möglich. Gegenüber der Tagesförderung im Durchschnitt des Jahres 1922 mit 320 000 t hätte man ohne die Micumlast mit einer zehnprozentigen Fördersteigerung rechnen können. Das Micumabkommen aber zwang dazu, alle Höfe und alle Betriebspunkte mit zu teuren Beschleunigungssätzen stillzulegen, sonst wären die gemachten Zubehör noch umgänglicher gewesen. Wieder die Abschlagsmöglichkeit der Belegschaften nicht durch das Micumabkommen aber zu einem tatsächlichen Vorrat für einen militärischen Kriegsfall bestehen kann. Die Micumabkommen verhindern also die betriebsökonomische Fördersteigerung, die schon im Laufe der Jahre 1923 und 1924 stattgefunden hat.

Der Durchschnitt der Tagesförderung im Bergbau von 320 000 t im Jahre 1922 nach Eröffnung der Tiefen unter dem Micumabkommen folgende Tagesförderungshöhen gegenüber: Dezember 1922: 180 000 t, Januar 1923: 240 000 t, Februar 1924: 291 000 t, März 1924: 309 000 t. Die Förderung blieb also um mehr als 10 000 t täglich hinter dem Tagesdurchschnitt von 1922 zurück, während sie ohne die Micumlast zwischen 360 und 380 000 t liegen müsste. Das Micumabkommen verhindert also die betriebsökonomische mögliche Kohlenförderung ganz zwangsläufig um täglich mehr als 50 000 t.

Als England begriß, daß an dieser Lehre bestimmt seine Weltherrschaft zerstört werden könnte, und als es dem Gandhi den Prozeß machte, daß die Regierung der Feigheit geht, der muss auch den Feind bekämpfen, daß an ihm, dem Träger der Idee selbst, jemals ein Maler kosten kann.

Die große Masse der Menschen aber, die formbar ist, hat noch gar nicht begriffen, was sich in diesen beiden Namen verdeckt. Jede Idee überzeugt sich selbst, wenn sie Zeit bekommt. Die Gewalt ist im Grundsatz erledigt. Der Gandhi ist im Grundsatz erledigt. Der Gandhi ist von dem Patrioten Madenold freigesetzt worden, während die englische Soldatesse in Indien noch wähnt. Außerdem besteht die Stunde.

Gedenktage a. S. Dr. h. c. Idee v. Schenck in der Berliner Zeitung.

Gastspiel Hermine Görner:

"Lady Frederic" (Alberttheater).

Herr Görner setzte an den Anfang ihres diesjährigen Gastspiels ein Stück, das eigentlich für sie geschrieben sein könnte. Sie spielt die Hauptrolle in W. S. Maugham's "Salomé" oder "Lady Frederic", deren Wesenlichkeit in gar nichts anderem besteht, als eben darin, daß die Görner die Lady Frederic verstellen darf.

Das aber bedeutet für sie die Gelegenheit zur Entfaltung ihrer bündigen Bühnenqualitäten. Denn Lady Frederic ist eine elegante Höchstaplein von W. S. Maugham's "Salomé" oder "Lady Frederic", deren Wesenlichkeit in gar nichts anderem besteht, als eben darin, daß die Görner die Lady Frederic verstellen darf.

Sie liebt schöne Zimmer, schöne Toiletten und kann ohne Pump und Dienst mit leben.

Außerdem geht der dritte Akt in Lady Frederics Kalleid Zimmer vor sich: also die Frau von Brixig sich herichtet.

Also Grund genug für sie, die Rolle zu spielen, und für die Trednerinnen, sie darin zu sehen.

Im übrigen darf, wie allgemeinlich, mit Begeisterung festgestellt werden, daß Hermine Görner außergewöhnlich ist, die mit der Selbstsicherung

Alle politische Nachrichten.

* Wie die Blätter melden, wird sich das Reichskabinett voraußichtlich heute in einer Sitzung mit der Frage des Auslandstreisen beschäftigen. Das "Sächsische Zeitung" hat die demokratische Fraktion im Reichstag einen Antrag auf Beleidigung der Auslandstreise verorthebung eingereicht.

* Die kommunistische Zeitung "Der Kämpfer" in Halle ist vom Oberbürgermeister der Provinz Sachsen für die Zeit vom 10. bis 23. d. M. verboten worden.

* Der preußische Minister des Innern hat den "Deutschen Tag" in Siegen verbieten, der am 14. und 15. Juni stattfinden sollte.

* Vom Oberlandesgericht Stuttgart wurde der 24 Jahre alte Buchdrucker Karl Schwarz wegen versuchter Aufspaltung militärischer Geheimnisse zu 3½ Jahren Zuchthaus sowie 6 Jahren Ehrenstrafe und der Schachmeister Kunzelmann wegen vollendeten Landesverrats und versuchter Aufspaltung militärischer Geheimnisse zu der gleichen Zuchthausstrafe und 6 Jahren Ehrenstrafe verurteilt.

Hie Volksabstimmung — hic Landtag.**Berufungskonflikt in Dänemark?**

(Von unserem dänischen Korrespondenten.)

Kopenhagen, 10. Juni.

Die politische Lage in Dänemark hat sich in einem Kampf der zwei Kammer des dänischen Reichstags: des Volksabstimmung gegen das Landtag zugespielt. Das dänische reaktionäre Bürgerium, durch einen seit 1849 bestehenden Parlamentarismus in allen Kampfmöglichkeiten der dänischen Bevölkerung geherrscht, benutzt seit dem Amtsantritt der sozialistischen Regierung das Nebeneinander der zwei Kammer, um systematisch die neue Weisheit des Volksabstimmung, Sozialdemokraten und Radikale, und die sozialdemokratische Regierung am Regieren nach ihrem Programm zu hindern. Mittel zu diesem Zweck ist die reaktionäre, aus Konserventiven und Nationalliberalen bestehende Weisheit des Landtags. Diese Weisheit entspricht nicht der Weisheit der dänischen Wähler, wie die Volksabstimmungswahlen vom 11. April bewiesen haben, sondern sie ist ein Ausdruck des veralteten Wahlrechts für das Landtag. Die Hälfte seiner Mitglieder werden alle vier Jahre durch indirekte Wahl alter stimmberechtigter Frauen und Männer über 35 Jahre ergänzt, so daß die augenblickliche Zusammenfügung der Wählermeinung vor 4 und 8 Jahren entspricht. Im Herbst ist die Neuwahl der Hälfte der Landtagsabgeordneten — also der vor 8 Jahren gewählten — fällig.

Die Wahlen, die am dänischen Volksabstimmungstag, am 5. Juni, von den Parteibüros gehalten wurden, beschäftigten sich naturngemäß mit dem verhängnisvollen Rückstand, daß die eine Kammer mit ihrer Mehrheit der bei den letzten Wahlen geschlagenen Partei die aus Grund des letzten Wahlergebnisses gebildete Regierung völlig zu isolieren droht.

Das war u. a. bei der Verlängerung der Mieterschutzgesetzgebung schon der Fall, indem das Landtag die von der sozialdemokratischen Regierung beschlossenen Maßnahmen zugunsten der Haushalte einstimmig ablehnte. Tabotiert wurde der von der Regierung Stanning vorgeschlagene Salutus- und Importregulierungsplan, den die Landtagsmehrheit einfach abgeschlagen hat. Volksabstimmung hat das Landtag in solchem Maße Gegenvorschläge zu unterbreiten, aber noch nicht einmal das geschafft.

Routine nicht das Geringste eingebüßt hat, und daß ihr auch die Sympathie des Dresdner Publikums erhalten geblieben ist, die sich, wie üblich, bei ihrem ersten Erscheinen auf der Scena im spontanen Beifall und am Schlug in einem Blumenbombardement entlädt.

Ein zweiter Gast aus München, Herr Otto Stödel, gab an Stelle des plötzlich verhinderten Paul Marx, den Mr. Gould, den Liebhaber von eins, der über alle Enttäuschungen der Vergangenheit hinweg, reich in Lohr, Friedrichs-Armee zurückfindet, mit wermäßiger Sicherheit. Auch die übrigen Richter, die sich da, unter der geschickten Regie von Max Reit, zum Spielen, Initiativen, Rütteln und Verheilten in Romé-Carlo zusammenfinden, waren durch Adeline Rossmann, Günther Sanderson, Oskar Groß, Richard Vendeh und andere meist entsprechend vertreten. Aber der ränkesvolle Captain Montague möchte mehr den Eindruck eines etwas plötzlich emporengewordenen Kriegs- gewinntes.

"Medea" in Großbritannien.

Im zauberhaft schönen Schlosspark von Großbritannien hat sich zurzeit eine Art inoffizieller Delegation des Dresdner Schauspielhauses unter Führung einiger anderer Kräfte als Freilichtbühne aufgetan. Dielectric Fireworks, die zu der langgestreckten, fast monumentalen Fassade des Gewächshauses empfohlen, dient als Scena; der große Platz davor wurde vermittelst gründlichster Bänke als Zuschauerraum hergerichtet, der mehrere hunderte von Zuschauern (und eine unbeschränkte Anzahl von Stehpöken) umgibt.

Man gab am Bürgersinnzug Grillparzers "Medea" mit drei Gästen aus dem Staatstheater: Bruno Decart als Jason, Tom Forester als Kreon und Ada Barlow-Müller als Agamemnon; Alice Poliz, die bekannte Dresdner Lehrerin für Schauspielkunst, spielt die Medea. Ende August ist die Freia und No-

Während die Konserventiven den alten Landshüter "Goldherr" hervorholten, begnügte sich die Mehrheit des Landtags damit, dem Importregulierungsgefecht, trotz der Annahme durch das Volk, die Genehmigung zu verweigern. Diese Politik droht sich zu einem Verfassungskonflikt auszuwachsen, da Konserventiv und Radikal-liberalen den Landtag weiterhin als Waffe gegen die sozialdemokratischen Pläne begünstigt Steuerreform, Bauern- und Altersgesellschaften und Abschaffung bestimmten wollen.

Sowohl Stanning, wie der Führer der Radikale, Rohde, nahmen in ihren Reden zum Volksabstimmungsklage den zugeworfenen Handelsrat auf. Die Lage ist besonders schwierig, weil eine Verschärfung der nationalen Landshütermehrheit durch die Reewohl im Herbst, die nur die Hälfte seiner Mitglieder ergänzt, so gut wie ausgeschlossen erscheint. Die Volksabstimmung ist unscharf in der Bedeutung des gegenwärtigen Wahlverhältnisses von Volksabstimmung und Landtag, aber bisher war es Tradition, daß das Landtag sich ohne weiteres den Grundsätzen der vom Volksabstimmung beschlossenen Weisheit anschloß und seine Aufgabe in der Kontrolle der Volksabstimmungsmehrheit und Durchführbarkeit der Weisheit sah. Dieser Zustand wurde vor allem von den Konserventiven und Nationalliberalen, als sie registriert, als richtig und rechtlich angesehen, jetzt aber vorher so eiliglich auf das "Selbstbestimmungsrecht" der würdigen alten Herren im Landtag. So sieht das "fair play" aus, das auch die dänische Reaktion einer Abberichtigung zu gewähren versprach!

Diese Juwelpfung des innerpolitischen Kampfes in Dänemark kann auch einen Beitrag zu dem Thema "König und Arbeitgeber" bringen. Denn Stanning wird, bei einem Andauern der Volksabstimmungskonflikte, als letztes Mittel zu einer vorzeitigen Auflösung und Reewohl des gesamten Landtags zu greifen versuchen. Eine solche ist aber ohne die Zustimmung des dänischen Königs unmöglich. König Christian X. hat, seitdem der Generalstreik der dänischen Arbeiterschaft im Jahre 1920 ihn belebte, daß in Dänemark eine Politik der Hoffnung auf äußersten Widerstand hoffen werde, eine innerpolitisch durchaus neutrale Haltung eingenommen. Wie er diese konzentriert formuliert. Aber es besteht Grund zur Annahme, daß Großbritannien, Frankreich und Spanien bereit sein würden, den Italienern zugeschlagenen Anteil an der neuen östlichen Vermögenszuverteilung endgültig werden können.

Das sind die Fragen, die Dänemark in einen Zustand politischer Hochspannung bringen, der im Sommer oder Herbst sich in Neuwahlen, vielleicht sogar in innerpolitischen Machtkämpfen anderer Art, entladen kann. Und doch wäre nichts dringender, als daß die Regierung zu schneller, durchgreifender Arbeit kommt. Die Staatskasse erwartet vor, je früher finanziell die Branche erreicht wird, um so leichter, der Staatshaushalt der vorhergegangenen national liberalen Regierung wird mehr und mehr "Verlustgelegenheiten" auf der Ausgabenseite auf, die die Notwendigkeit der sozialen und genauen Einhaltung aller Artikel des Rigat Vertrags auf 20 Proz. direkte Steuern — jetzt zum Himmel, wichtige Weise warten der Erledigung. Was die sozialdemokratische Regierung bisher durchführen konnte, was nicht administrativ: Streichung der Herbstmauer, Begründungen, Nachlass von Gemeinschaft usw. Sie ist sich aber bewußt, daß nun Geschärft werden muß, um endlich freie Bahn zu schaffen. Selbst vor einem nochmaligen Appell an die Wähler würde sie nicht zurücktreten.

Das war u. a. bei der Verlängerung der Mieterschutzgesetzgebung schon der Fall, indem das Landtag die von der sozialdemokratischen Regierung beschlossenen Maßnahmen zugunsten der Haushalte einstimmig ablehnte. Tabotiert wurde der von der Regierung Stanning vorgeschlagene Salutus- und Importregulierungsplan, den die Landtagsmehrheit einfach abgeschlagen hat. Volksabstimmung hat das Landtag in solchem Maße Gegenvorschläge zu unterbreiten, aber noch nicht einmal das geschafft.

Routine nicht das Geringste eingebüßt hat, und daß ihr auch die Sympathie des Dresdner Publikums erhalten geblieben ist, die sich, wie üblich, bei ihrem ersten Erscheinen auf der Scena im spontanen Beifall und am Schlug in einem Blumenbombardement entlädt.

Ein zweiter Gast aus München, Herr Otto Stödel, gab an Stelle des plötzlich verhinderten Paul Marx, den Mr. Gould, den Liebhaber von eins, der über alle Enttäuschungen der Vergangenheit hinweg, reich in Lohr, Friedrichs-Armee zurückfindet, mit wermäßiger Sicherheit. Auch die übrigen Richter, die sich da, unter der geschickten Regie von Max Reit, zum Spielen, Initiativen, Rütteln und Verheilten in Romé-Carlo zusammenfinden, waren durch Adeline Rossmann, Günther Sanderson, Oskar Groß, Richard Vendeh und andere meist entsprechend vertreten. Aber der ränkesvolle Captain Montague möchte mehr den Eindruck eines etwas plötzlich emporengewordenen Kriegs-

gewinntes.

Routine nicht das Geringste eingebüßt hat, und daß ihr auch die Sympathie des Dresdner Publikums erhalten geblieben ist, die sich, wie üblich, bei ihrem ersten Erscheinen auf der Scena im spontanen Beifall und am Schlug in einem Blumenbombardement entlädt.

Ein zweiter Gast aus München, Herr Otto

Deutsche Auliegen an den Völkerbundsrat.
Minderheitensachen in Polen.
Taarrfrage.

Gera, 10. Juni.

Aus Anlaß der morgen beginnenden Tagung des Völkerbundsrates sind einige deutsche Unterhändler aus den deutsch-polnischen Verhandlungen über die Minderheitensache, darunter Staatssekretär a. D. Lewald, hier eingetroffen, um gegen Polen die deutsche Forderung auf Achtung des status quo bis zum Abschluß eines Abkommens zu unterstützen. Der Völkerbundrat wird u. a. einen Bericht über die ergebnislosen deutsch-polnischen Verhandlungen in Wien entgegennehmen. Werner wird der Delegationschef des Völkerbundrates für die Sicherheitsfrage von dem Völkerbund, der nach Polen entsandten Unterkommissar Philimore über die Entwicklung der deutschen Ansiedler kennzeichnen. In Tagen der Taarrfrage wird der Völkerbundrat sich nicht nur mit dem englischen Antezo auf Heftigung der Verantwortlichkeit der einzelnen Mitglieder der Regierungskommission zu beschäftigen haben, sondern auch zu zwei Rollen der deutschen Regierung über die Sammungsstellen nehmen müssen. Die erste Rolle erfüllt den Völkerbundrat um Feststellung einer Art für die Anwendung französischer Truppen im Saargebiet. Die zweite Rolle protestiert gegen die Verhinderung diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich endgültig werden können.

Riga, 10. Juni.

In einer Unterredung mit Pressevertretern äußerte Riga über die französisch-russischen Beziehungen: Die Kammerwahlen zeigten, daß das französisch-polnische Volk nicht gegen sei, den Feind zwischen Krieg und Frieden weiter mitzumachen. Es forderte eine friedliche Politik. Der Regierungswechsel werde auch eine Regelung der französisch-russischen Beziehungen bringen. Herricot habe für eine Versöhnung Frankreichs mit der Sowjetunion angelebt, der ausgesprochen sowjetfreudlichen Haltung des nationalen Blocks und der Regierung Polen eingesetzt, mit der die angekündigten wirtschaftlichen Beziehungen so gut wie abgebrochen wurden. Rummetz habe die Sowjet-Regierung den Wirtschaftsorganen der Sozial-Republik empfohlen, ohne die Wiederaufnahme normaler Beziehungen zwischen Industriellen einzuleiten, um Abmachungen anzuhören, die nach Regelung der diplomatischen Beziehungen zwischen Russland und Frankreich endgültig werden können.

Riga, 10. Juni.

Der Berichterstatter des "Times" in Tanger erfuhr, daß die italienische Regierung es abgelehnt habe, die Tangerkonvention anzuerkennen. Italien hält sein Recht auf den Vorsteuern der Kapitulationen aufrecht. Die italienische Regierung habe keine Forderungen formuliert. Aber es besteht Grund zur Annahme, daß Großbritannien, Frankreich und Spanien bereit sein würden, den Italienern zugewiesenen Anteil an der neuen östlichen Vermögenszuverteilung zu vergeben.

Italien erkennt die Tangerkonvention nicht an.

London, 11. Juni.

Der Berichterstatter des "Times" in Tanger erfuhr, daß die italienische Regierung es abgelehnt habe, die Tangerkonvention anzuerkennen. Italien hält sein Recht auf den Vorsteuern der Kapitulationen aufrecht. Die italienische Regierung habe keine Forderungen formuliert. Aber es besteht Grund zur Annahme, daß Großbritannien, Frankreich und Spanien bereit sein würden, den Italienern zugewiesenen Anteil an der neuen östlichen Vermögenszuverteilung zu vergeben.

Die russisch-polnische Rotenplänelei.

Riga, 10. Juni.

Die polnische Regierung bezeichnet in ihrer Antwort auf die leichte Note Tschitschirins die russische Auslegung ihrer Weigerung, den russischen Protest gegen die Beschlüsse der nationalen Minderheiten in Polen sachlich zu behandeln, als unrichtig und erklärte weiter, die polnische Regierung sehe die Notwendigkeit der sozialen und genauen Einhaltung aller Artikel des Rigat Vertrags ein, welche über alle Auspräkungen zu urteilen, wenn sie dem Sinne und dem Geiste dieses Vertrags wider sprechen. In einer Antwort auf diese Note der polnischen Regierung wiederholt Tschitschirin die Erklärung der Sowjetregierung, daß die Weigerung Polens, den russischen Protest sachlich zu beantworten, eine Verletzung des Artikels 7 des Rigat Vertrags darstelle, wogegen die Sowjetregierung aufdrücklich

Beweisung erlege. Die in der fraglichen russischen Note ausgesuchten Beispiele über die Unterdrückung der Minderheiten in Polen seien allgemein bekannt und berücksichtigt. Die Angelegenheit sei gründlich geklärt. Die Sowjetregierung halte weitere Erörterungen für überflüssig.

Riga über die russisch-französischen und russisch-chinesischen Beziehungen.

Riga, 10. Juni.

In einer Unterredung mit Pressevertretern äußerte Riga über die französisch-russischen Beziehungen: Die Kammerwahlen zeigten, daß das französisch-polnische Volk nicht gegen sei, den Feind zwischen Krieg und Frieden weiter mitzumachen. Es forderte eine friedliche Politik. Der Regierungswechsel werde auch eine Regelung der französisch-russischen Beziehungen bringen. Herricot habe für eine Versöhnung Frankreichs mit der Sowjetunion angelebt, der ausgesprochen sowjetfreudlichen Haltung des nationalen Blocks und der Regierung Polen eingesetzt, mit der die angekündigten wirtschaftlichen Beziehungen so gut wie abgebrochen wurden. Rummetz habe die Sowjet-Regierung den Wirtschaftsorganen der Sozial-Republik empfohlen, ohne die Wiederaufnahme normaler Beziehungen zwischen Industriellen einzuleiten, um Abmachungen anzuhören, die nach Regelung der diplomatischen Beziehungen zwischen Russland und Frankreich endgültig werden können.

Die russisch-polnische Rotenplänelei.

London, 11. Juni.

Die "Times" berichtete aus Tokio, daß Graf Rato ein Koalitionskabinett gebildet hat, in dem der vorjährige japanische Botschafter in Washington Baron Shibusawa Minister des Außenwesens ist.

"Daily Express" berichtet aus New York, daß die Unzufriedenheit in Japan über die amerikanische Einwanderungsschall eine drohende Gestalt annimmt. Große Folgen würden vom japanischen Botschafter in Washington, Kanbara, vorausgesagt, wenn der Wortlaut der Antwort des amerikanischen Regierung auf den Protest veröffentlicht werde. Berichte aus Tokio zeigen, daß das japanische Auswärtige Amt ernstlich über die Lage beunruhigt sei. Die Amerikaner in Tokio befürchten eine gewisse Revolte. Wer es könnte, verläßt Japan ohne Verzug.

Zusammenfassung der Sächsischen Bühne.

London, 10. Juni, 1924.

Die "Times" berichtete aus Tokio, daß Graf Rato ein Koalitionskabinett gebildet hat, in dem der vorjährige japanische Botschafter in Washington Baron Shibusawa Minister des Außenwesens ist.

London, 10. Juni, 1924.

Die "Times" berichtete aus Tokio, daß Graf Rato ein Koalitionskabinett gebildet hat, in dem der vorjährige japanische Botschafter in Washington Baron Shibusawa Minister des Außenwesens ist.

London, 10. Juni, 1924.

Die "Times" berichtete aus Tokio, daß Graf Rato ein Koalitionskabinett gebildet hat, in dem der vorjährige japanische Botschafter in Washington Baron Shibusawa Minister des Außenwesens ist.

London, 10. Juni, 1924.

Die "Times" berichtete aus Tokio, daß Graf Rato ein Koalitionskabinett gebildet hat, in dem der vorjährige japanische Botschafter in Washington Baron Shibusawa Minister des Außenwesens ist.

London, 10. Juni, 1924.

Die "Times" berichtete aus Tokio, daß Graf Rato ein Koalitionskabinett gebildet hat, in dem der vorjährige japanische Botschafter in Washington Baron Shibusawa Minister des Außenwesens ist.

London, 10. Juni, 1924.

Die "Times" berichtete aus Tokio, daß Graf Rato ein Koalitionskabinett gebildet hat, in dem der vorjährige japanische Botschafter in Washington Baron Shibusawa Minister des Außenwesens ist.

London, 10. Juni, 1924.

Die "Times" berichtete aus Tokio, daß Graf Rato ein Koalitionskabinett gebildet hat, in dem der vorjährige japanische Botschafter in Washington Baron Shibusawa Minister des Außenwesens ist.

London, 10. Juni, 1924.

Aleine Auslandsnachrichten.

Helsingfors, 10. Juni.
Der Zugzug nach Rosslau-Niga ist in der verhüllten Nacht in die Luft gesprengt worden. Die Lokomotive wurde weit vom Gleis fortgeschleudert. Soldaten rissen von einer nahegelegenen Garnison herbei und brachten die erste Hilfe. Der Unglücksort ist in weitem Umkreis von Maschinengewehrkreuzen abgesperrt worden. Es verlautet, daß sich mehrere bekannte politische Persönlichkeiten unter den Verunglückten befinden. Die Katastrophe wird auf ein politisches Attentat zurückgeführt. Reiterpatrouillen und Militärtrucks suchen die Gegend nach den Tätern ab. Über die Zahl der Verunglückten fehlen bisher noch alle Einzelheiten.

London, 10. Juni.
Der wilde Streit der Londoner Untergrundbahnen ist zusammengebrochen. Heute Abend haben alle Untergrundbahnen den Dienst wieder aufgenommen. Der Streit ist, wie jetzt endgültig festgestellt ist, von kommunistischen Agenten mit Hilfe von ausländischem Geld angezettelt worden.

Athen, 10. Juni.
Die griechische Regierung befindet sich in erneuten Schwierigkeiten wegen der Frage der Arbeitgeberbefreiung. Der Kriegsminister General Konstantinos ist zurückgetreten. Es ist möglich, daß auch andere Minister demissionieren.

Dresden.**Einweisung des neuen Dresdner Polizeipräsidenten Kühn.**

In Anwesenheit von Vertretern der Regierung, staatlicher Behörden und der Presse wurde heute vormittag der neue Polizeipräsident von Dresden, der leitende Amtshauptmann Kühn, in sein neues Amt eingewiesen. Minister des Innern Müller betonte in seinen Ansprüchen die Notwendigkeit der überparteilichen Einstellung der Polizei und hoffte sodann den neuen Präsidenten mit den besten Wünschen für eine erfolgreiche Tätigkeit in sein Amt ein.

Der Polizeipräsident Kühn dankte der Regierung für das ihm gezeigte Vertrauen und gab der Sicherung Ausdruck, daß sein Bestreben dahingehende würde, dieses Vertrauen zu rechtfertigen. Gerade in unserer Zeit sei das Polizeimeister der öffentlichen Ruht in hohem Maße ausgedehnt; aber es sei seine unerschütterliche Wille, der Dresdner Bürgerschaft Ruhe und Ordnung — die notwendigen Bedingungen für ein geordnetes Wirtschaftsleben — zu gewährleisten. Er werde bestrebt sein, diese Aufgaben gemeinsam mit den Polizeibeamten, unter Beachtung der strengsten Unparteilichkeit, zu lösen. Der Gedanke der freien Staatlichkeit werde dann fügsam, wenn dieser Staat selbst dem Volkgang den Ruh und Sicherheit gebe, die ein freies Staatsleben zu einer Heimat für alle macht. Zum Schluß bat er die Beamten, ihn in seinen Befreiungen mit allen Kräften zu unterstützen.

Im Namen der Beamtenchaft sprachen dem Präsidium Regierungsrat Müller und der I. Vorständige des General-Beamtenausschusses beim Polizeipräsidium, Gutsküste Wolters, die Größe aus und versprachen treue Mitarbeit, wobei sie auch die Bitte zum Ausdruck brachten, daß der neue Chef ebenfalls für die Beamtenchaft eintreten werde.

Aus Sachsen.

Schwarzenberg. Als erster Stellvertreter des Bürgermeisters wurde Stadtrat Hellig (bürgerl.) und als zweiter Stellvertreter Stadtrat Klöpisch (bürgerl.) ernannt.

Johanngeorgenstadt. Die letzte Stadtgemeinderatssitzung hat beschlossen, den Beirat zwischen der städtischen Kraftwagenverwaltung und den Städten Ebersbach und Johanngeorgenstadt, sowie den Gemeinden Witzenthal und Steinbach zu vollziehen. Der Autobusbetrieb wurde am 6. Juni wieder eröffnet. Weiter wurde die Aufhebung der Fremdenabgabe erneut beschlossen. Endlich wurde von dem Angebot der Glashauer Torfverwertungsellschaft Kenntnis genommen und beschlossen, für Erweiterung der Anlage einschließlich des Sandsteinwerkes 3000 M. anzubieten, um über den Ministerium um Entzettelung der Genehmigung zum Abbau des Torflagers am Neinen See zu beantragen.

Schäßburg. Werwölfe Serpentinstein vorformen wurden täglich an mehreren Stellen unweit Schäßburg erschlossen. Die Aufschließungsarbeiten sind von der Firma Serpentin-A.-G. Schäßburg i. G. in Angriff genommen worden, der das gesamte seit Jahrhunderten bekannte Vororten bei Schäßburg gehört. Die Aufschließungsarbeiten haben bereits jetzt zur Herstellung umfangreicher Serpentinsteinlager geführt, die besonders werthvoll durch das Vorformen verschiedener farbenprächtiger Schäßburgserpentine sind. Das sehr polierfähige Gestein erscheint in wunderroten Farbtonen. Die Aufschließung der neuen Serpentinsteinlager kommen bedeutsam eine werthvolle Bereicherung der deutschen Schäßburg.

Sächsische Holzversteigerungsergebnisse.

Holzgut	Kreis	Tag	Menge Pm	Gebot und Preis	Preis je Pm in Goldmark					
					1/18 cm	1/15 cm	1/12 cm	2/9 cm	2/6 cm	2/3 cm
Großenhain	Kreisamt	22. 5.	436	Städte Stamm	—	19,82	22,28	—	—	—
		256	Städte Stamm	—	18,81	21,42	20,32	24,30	—	—
Großenhain	Kreisamt	22. 5.	1225	Städte Stamm	16,17	20,39	22,06	27,53	—	—
		17	Städte Stamm	—	20,31	25,79	—	—	—	—
Großenhain	Kreisamt	22. 5.	382	Städte Stamm	—	16,64	25,19	25,80	30,20	—
		18	Städte Stamm	—	16,87	24,51	33,54	—	—	—
Großenhain	Kreisamt	22. 5.	511	Städte Stamm	—	18,18	22,05	30,69	32,23	32,38
		1935	Städte Stamm	—	14,08	16,90	27,82	26,60	—	—
Großenhain	Kreisamt	22. 5.	200	Städte Stamm	13,89	14,48	27,67	21,08	26,13	—
		201	Städte Stamm	—	18,30	25,01	50,93	32,21	—	—

Verkaufsergebnisse von der Geschäftsstelle der Sächsischen Staatszeitung, St. Pauliplatz 16.

Besuchsrunden der Sammlungen für Kunst und Wissenschaft.

	Samstag	Montag	Donnerstag	Mittwoch	Freitag	Sonntag	
Gemäldegalerie Zur Kunstsammlung am Brüderger	Mont. 10-1 Sam. 10-1 frei	9-3 9-4 1 Markt	9-3 9-4 so. 9.	9-3 9-4 so. 9.	9-3 9-4 so. 9.	9-3 9-4 so. 9.	1) Winter = Winter = 1. Oktober - 31. März. 2) Sommer = Sommer = 1. April - 30. September.
Graphikabteilung Zur Kunstsammlung am Brüderger	10-1 frei	9-3 9-4 so. 9.	9-3 9-4 so. 9.	9-3 9-4 so. 9.	9-3 9-4 so. 9.	9-3 9-4 so. 9.	
Malersammlung Im Albertinum, Schlesische Terrasse	10-1 frei	9-3 9-4 so. 9.	9-3 9-4 so. 9.	9-3 9-4 so. 9.	9-3 9-4 so. 9.	9-3 9-4 so. 9.	
Alte Meister (Wandmalerei) und Gemälde- galerie ¹⁾ Im Johanneum, 1. Stock, Eingang vom Stallhof	10-1 frei	9-3 9-4 so. 9.	9-3 9-4 so. 9.	9-3 9-4 so. 9.	9-3 9-4 so. 9.	9-3 9-4 so. 9.	1) Zu der Gemäldegalerie führen im Winter zur Ein- trittszeitungen seit 1. Markt.
Porzellansammlung Im Johanneum, 11. Stock, Eingang vom Stallhof	10-1 so. 9.	9-3 9-4 so. 9.	9-3 9-4 so. 9.	9-3 9-4 so. 9.	9-3 9-4 so. 9.	9-3 9-4 so. 9.	
Greame Gemälde Im ehemaligen Kurfürstlichen Schloss Eingang im Großen Schloss, Weitere	10-1 1. Markt	9-3 1. Markt	9-3 1. Markt	9-3 1. Markt	9-3 1. Markt	9-3 1. Markt	
Münzkabinett Zur Kunstsammlung am Brüderger	11-1 frei	10-1 frei	10-1 frei	10-1 frei	10-1 frei	10-1 frei	Sammlerausstellung für Münzkunst im Gewerbe- gebäude (Ober-Gitter) Sonntag 11-1, Mittwoch und Sonntag 4-6, Freitag 5-7, Samstag 8-9, Frei- tag 10-11, Sonntag 12-13 Uhr, Ausstellung täglich zwischen 9-12.
Waffen- und Rüstkunst und Ritterkunde Im Augustinerkloster im Torhaus an der Ober-Allee	11-1 frei	10-1 frei	10-1 frei	10-1 frei	10-1 frei	10-1 frei	Exponate nach vorheriger Anmeldung täglich zwischen 9-12.
Mathematische Physikalische Salen Im Brüderger	11-1 frei	9-12 frei	9-12 frei	9-12 frei	9-12 frei	9-12 frei	
Technikbibliothek Im Japanischen Palais, Großerhof, rechts	Geschlossen	10-12 4-7 frei	10-12 4-7 frei	10-12 4-7 frei	10-12 4-7 frei	10-12 4-7 frei	Wiederöffnung am Mittwoch 4-6 (nur im Sommer grüßt). 50 Pf.
Chemisches Reichsmuseum, Schloss	10-1 1. Markt	10-1 1. Markt	10-1 1. Markt	10-1 1. Markt	10-1 1. Markt	10-1 1. Markt	1) Winter = Winter = 1. Oktober - 31. März. 2) Sommer = Sommer = 1. April - 30. September.
Großes Militär-Zahrsaalzimmer	Mont. 9-10 Sam. 9-10	Geschlossen	Geschlossen	Geschlossen	Geschlossen	Geschlossen	

Am 24. Februar bleiben sämtliche Sammlungen geschlossen. — Am 1. Okt., 1. Nov., 1. Dez. und 1. Jan. 1925 sind die Hauptausstellungen und die Museen für Ritterkunde und Rüstkunst am Sonntagnachmittag von 14 bis 18 Uhr geöffnet.

Die Gemälde der Alten Meister werden am Sonntag von 14 bis 18 Uhr geöffnet. Den Mittwochabend und den Samstagsabend ist die Ausstellung von Seidenen unterlegt.

Zudem sind die Ausstellungen im Gewerbegebäude (Ober-Gitter) Sonntag 11-12, Mittwoch und Samstag 10-11, Freitag 11-12, Samstag 12-13, Sonntag 13-14 Uhr geöffnet.

Andere Museen in Dresden: Städtisches Museum, Ringstraße 2; Naturkundemuseum, Schlossstraße 24; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 1; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 2; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 3; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 4; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 5; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 6; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 7; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 8; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 9; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 10; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 11; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 12; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 13; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 14; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 15; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 16; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 17; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 18; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 19; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 20; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 21; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 22; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 23; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 24; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 25; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 26; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 27; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 28; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 29; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 30; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 31; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 32; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 33; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 34; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 35; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 36; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 37; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 38; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 39; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 40; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 41; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 42; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 43; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 44; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 45; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 46; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 47; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 48; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 49; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 50; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 51; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 52; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 53; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 54; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 55; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 56; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 57; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 58; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 59; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 60; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 61; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 62; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 63; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 64; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 65; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 66; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 67; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 68; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 69; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 70; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 71; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 72; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 73; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 74; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 75; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 76; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 77; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 78; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 79; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 80; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 81; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 82; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 83; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 84; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 85; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 86; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 87; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 88; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 89; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 90; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 91; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 92; Museum für Sächsische Volkskunst, Schlossplatz 9

Amtlicher Teil.

Weitere Einschränkung des Kraftfahrzeugverkehrs an Sonn- und Feiertagen.

Im Regierungsbezirk Döbeln wird für den Verkehr mit Kraftfahrzeugen an Sonn- und Feiertagen in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends noch folgende Strafe gesetzt:

Die Strafe von Weinhäusendorf über die Heidenhöhe bis zum Einmündungspunkt in die Dippoldiswalde-Babenauer Straße. 1219

An der gesperrten Straße wohnende Kraftfahrzeughalter können von den Polizeibehörden (Amtshauptmannschaft oder Stadtkreis) Bescheinigungen erhalten, die sie erlaubt auf die nächste nicht gesperrte Straße berechtigen. Art. 34 XIII. Dresden, 7. Juni 1924. Die Amtshauptmannschaft.

Auf Blatt 380 des bietigen Handelsregister, die Firma Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt Zweigstelle Löbau in Löbau i. Sa. Beweigniederlassung der in Leipzig bestehenden Hauptniederlassung der Aktiengesellschaft Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt in Leipzig berechtigt, sich heute die Aufhebung der Beweigniederlassung eingetragen worden. 1217

Amtsgericht Augsburg, am 3. Juni 1924.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

1. auf Blatt 696 die Firma Hugo Haussler in Zallenberg und als Inhaber Kaufmann Robert Hugo Haussler, dientlich. Ausgegebener Geschäftszweck: Groß- und Kleinhandel mit Tabakfabrikaten, Spirituosen, Weinen, Getränken;

2. auf Blatt 581, die Firma Uhmann & Mödel in Eilenfeld betl. Die Gesellschaft ist aufgelöst, die Firma ist erloschen. 1211

Amtsgericht Zallenberg, den 6. Juni 1924.

Im Handelsregister ist heute auf dem für die Firma Deutsche Alkohol-Fabrik Otto Zeising in Zwickau bestehenden Blatt 264 einige Fragen worden: Durch Beschluss der Gesellschafter vom 15. April 1924 ist die Umstellung des Grundkapitals in Goldmark erfolgt und dabei da: Grundkapital auf sebenhunderttausend Goldmark erhöht worden. Der Gesellschaftsvertrag ist durch den gleichen Beschluss laut Notarztsprotokoll vom 15. April 1924 in § 5 entsprechend abändert worden. 1214

Amtsgericht Zwickau, den 4. Juni 1924.

Über das Vermögen des Lebensmittelhändlers Otto Pundt in Werda wird heute am 7. Juni 1924, vormittags 9 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Der Ortsrichter Pusse in Werda wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 8. Juli 1924 bei dem Gericht anzumelden.

Es wird zur Belehrung darüber, die Beibehaltung des erkannten oder die Wahl eines anderen Konkursverwalters sowie über die Belehrung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Solls über die in 133 der Konkursordnung bezeichneten Gegebenheiten auf.

Es wird zur Belehrung darüber, die Beibehaltung des erkannten oder die Wahl eines anderen Konkursverwalters sowie über die Belehrung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Solls über die in 133 der Konkursordnung bezeichneten Gegebenheiten auf.

Am 26. Juni 1924, vormittags 10 Uhr und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen am 29. Juli 1924, vormittags 10 Uhr vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anbercommt.

Allen Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschulden zu verabholen oder zu lassen, auch die Beipräschung auferlegt, von dem Besitzer der Sache und von den Forderungen, für die sie auf der Sache abgesonderte Belehrung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter zu übergeben.

Am 29. Juli 1924, vormittags 10 Uhr zum 2. Juli 1924, vormittags 10 Uhr vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anbercommt.

Alle Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschulden zu verabholen oder zu lassen, auch die Beipräschung auferlegt, von dem Besitzer der Sache und von den Forderungen, für die sie auf der Sache abgesonderte Belehrung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter zu übergeben.

Am 29. Juli 1924, vormittags 10 Uhr zum 2. Juli 1924, vormittags 10 Uhr vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anbercommt.

Alle Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschulden zu verabholen oder zu lassen, auch die Beipräschung auferlegt, von dem Besitzer der Sache und von den Forderungen, für die sie auf der Sache abgesonderte Belehrung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter zu übergeben.

Am 29. Juli 1924, vormittags 10 Uhr zum 2. Juli 1924, vormittags 10 Uhr vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anbercommt.

Alle Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschulden zu verabholen oder zu lassen, auch die Beipräschung auferlegt, von dem Besitzer der Sache und von den Forderungen, für die sie auf der Sache abgesonderte Belehrung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter zu übergeben.

Am 29. Juli 1924, vormittags 10 Uhr zum 2. Juli 1924, vormittags 10 Uhr vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anbercommt.

Alle Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschulden zu verabholen oder zu lassen, auch die Beipräschung auferlegt, von dem Besitzer der Sache und von den Forderungen, für die sie auf der Sache abgesonderte Belehrung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter zu übergeben.

Am 29. Juli 1924, vormittags 10 Uhr zum 2. Juli 1924, vormittags 10 Uhr vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anbercommt.

Alle Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschulden zu verabholen oder zu lassen, auch die Beipräschung auferlegt, von dem Besitzer der Sache und von den Forderungen, für die sie auf der Sache abgesonderte Belehrung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter zu übergeben.

Am 29. Juli 1924, vormittags 10 Uhr zum 2. Juli 1924, vormittags 10 Uhr vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anbercommt.

Alle Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschulden zu verabholen oder zu lassen, auch die Beipräschung auferlegt, von dem Besitzer der Sache und von den Forderungen, für die sie auf der Sache abgesonderte Belehrung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter zu übergeben.

Am 29. Juli 1924, vormittags 10 Uhr zum 2. Juli 1924, vormittags 10 Uhr vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anbercommt.

Alle Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschulden zu verabholen oder zu lassen, auch die Beipräschung auferlegt, von dem Besitzer der Sache und von den Forderungen, für die sie auf der Sache abgesonderte Belehrung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter zu übergeben.

Am 29. Juli 1924, vormittags 10 Uhr zum 2. Juli 1924, vormittags 10 Uhr vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anbercommt.

Alle Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschulden zu verabholen oder zu lassen, auch die Beipräschung auferlegt, von dem Besitzer der Sache und von den Forderungen, für die sie auf der Sache abgesonderte Belehrung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter zu übergeben.

Am 29. Juli 1924, vormittags 10 Uhr zum 2. Juli 1924, vormittags 10 Uhr vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anbercommt.

Alle Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschulden zu verabholen oder zu lassen, auch die Beipräschung auferlegt, von dem Besitzer der Sache und von den Forderungen, für die sie auf der Sache abgesonderte Belehrung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter zu übergeben.

Am 29. Juli 1924, vormittags 10 Uhr zum 2. Juli 1924, vormittags 10 Uhr vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anbercommt.

Alle Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschulden zu verabholen oder zu lassen, auch die Beipräschung auferlegt, von dem Besitzer der Sache und von den Forderungen, für die sie auf der Sache abgesonderte Belehrung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter zu übergeben.

Am 29. Juli 1924, vormittags 10 Uhr zum 2. Juli 1924, vormittags 10 Uhr vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anbercommt.

Alle Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschulden zu verabholen oder zu lassen, auch die Beipräschung auferlegt, von dem Besitzer der Sache und von den Forderungen, für die sie auf der Sache abgesonderte Belehrung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter zu übergeben.

Am 29. Juli 1924, vormittags 10 Uhr zum 2. Juli 1924, vormittags 10 Uhr vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anbercommt.

Alle Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschulden zu verabholen oder zu lassen, auch die Beipräschung auferlegt, von dem Besitzer der Sache und von den Forderungen, für die sie auf der Sache abgesonderte Belehrung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter zu übergeben.

Am 29. Juli 1924, vormittags 10 Uhr zum 2. Juli 1924, vormittags 10 Uhr vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anbercommt.

Alle Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschulden zu verabholen oder zu lassen, auch die Beipräschung auferlegt, von dem Besitzer der Sache und von den Forderungen, für die sie auf der Sache abgesonderte Belehrung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter zu übergeben.

Am 29. Juli 1924, vormittags 10 Uhr zum 2. Juli 1924, vormittags 10 Uhr vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anbercommt.

Alle Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschulden zu verabholen oder zu lassen, auch die Beipräschung auferlegt, von dem Besitzer der Sache und von den Forderungen, für die sie auf der Sache abgesonderte Belehrung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter zu übergeben.

Am 29. Juli 1924, vormittags 10 Uhr zum 2. Juli 1924, vormittags 10 Uhr vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anbercommt.

Alle Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschulden zu verabholen oder zu lassen, auch die Beipräschung auferlegt, von dem Besitzer der Sache und von den Forderungen, für die sie auf der Sache abgesonderte Belehrung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter zu übergeben.

Am 29. Juli 1924, vormittags 10 Uhr zum 2. Juli 1924, vormittags 10 Uhr vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anbercommt.

Alle Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschulden zu verabholen oder zu lassen, auch die Beipräschung auferlegt, von dem Besitzer der Sache und von den Forderungen, für die sie auf der Sache abgesonderte Belehrung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter zu übergeben.

Am 29. Juli 1924, vormittags 10 Uhr zum 2. Juli 1924, vormittags 10 Uhr vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anbercommt.

Alle Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschulden zu verabholen oder zu lassen, auch die Beipräschung auferlegt, von dem Besitzer der Sache und von den Forderungen, für die sie auf der Sache abgesonderte Belehrung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter zu übergeben.

Am 29. Juli 1924, vormittags 10 Uhr zum 2. Juli 1924, vormittags 10 Uhr vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anbercommt.

Alle Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschulden zu verabholen oder zu lassen, auch die Beipräschung auferlegt, von dem Besitzer der Sache und von den Forderungen, für die sie auf der Sache abgesonderte Belehrung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter zu übergeben.

Am 29. Juli 1924, vormittags 10 Uhr zum 2. Juli 1924, vormittags 10 Uhr vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anbercommt.

Alle Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschulden zu verabholen oder zu lassen, auch die Beipräschung auferlegt, von dem Besitzer der Sache und von den Forderungen, für die sie auf der Sache abgesonderte Belehrung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter zu übergeben.

Am 29. Juli 1924, vormittags 10 Uhr zum 2. Juli 1924, vormittags 10 Uhr vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anbercommt.

Alle Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschulden zu verabholen oder zu lassen, auch die Beipräschung auferlegt, von dem Besitzer der Sache und von den Forderungen, für die sie auf der Sache abgesonderte Belehrung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter zu übergeben.

Am 29. Juli 1924, vormittags 10 Uhr zum 2. Juli 1924, vormittags 10 Uhr vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anbercommt.

Alle Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschulden zu verabholen oder zu lassen, auch die Beipräschung auferlegt, von dem Besitzer der Sache und von den Forderungen, für die sie auf der Sache abgesonderte Belehrung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter zu übergeben.

Am 29. Juli 1924, vormittags 10 Uhr zum 2. Juli 1924, vormittags 10 Uhr vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anbercommt.

Alle Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschulden zu verabholen oder zu lassen, auch die Beipräschung auferlegt, von dem Besitzer der Sache und von den Forderungen, für die sie auf der Sache abgesonderte Belehrung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter zu übergeben.

Am 29. Juli 1924, vormittags 10 Uhr zum 2. Juli 1924, vormittags 10 Uhr vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anbercommt.

Alle Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschulden zu verabholen oder zu lassen, auch die Beipräschung auferlegt, von dem Besitzer der Sache und von den Forderungen, für die sie auf der Sache abgesonderte Belehrung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter zu übergeben.

Am 29. Juli 1924, vormittags 10 Uhr zum 2. Juli 1924, vormittags 10 Uhr vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anbercommt.

Alle Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschulden zu verabholen oder zu lassen, auch die Beipräschung auferlegt, von dem Besitzer der Sache und von den Forderungen, für die sie auf der Sache abgesonderte Belehrung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter zu übergeben.

Am 29. Juli 1924, vormittags 10 Uhr zum 2. Juli 1924, vormittags 10 Uhr vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anbercommt.

Alle Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschulden zu verabholen oder zu lassen, auch die Beipräschung auferlegt, von dem Besitzer der Sache und von den Forderungen, für die sie auf der Sache abgesonderte Belehrung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter zu übergeben.

Am 29. Juli 1924, vormittags 10 Uhr zum 2. Juli 1924, vormittags 10 Uhr vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anbercommt.

Alle Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschulden zu verabholen oder zu lassen, auch die Beipräschung auferlegt, von dem Besitzer der Sache und von den Forderungen, für die sie auf der Sache abgesond

Luftverkehr im Saarland.

Die vor einigen Monaten in Dresden gegründete Sächsische Luftverkehrs-Aktiengesellschaft begann bekanntlich Anfang April mit der Aufnahme des Flugbetriebes und hat während der Monate April und Mai mit ihren Juants-Gangmeiss - Verkehrsflugzeugen auf Grund sächsischer Ermittlungen folgende bemerkenswerte Leistungen zu verzeichnen gehabt:

Anzahl der unternommenen Flüge	134
Anzahl der durchgeföhrten Flüge	133
mindestens Prozentzahl der durchgeföhrten Flüge	99
gesetzliche Piloten	5206
besetzte Personen	553
erreichte Personenkilometer	16 899
Prozentzahl des ausgenutzten Personenraumes	67

Diese Leistungen ergeben sich aus einer Reihe von Sonderflügen, welche von Dresden aus nach verschiedenen Städten Sachsen und des Reiches unternommen wurden und aus Ausflügen, die in Dresden selbst und anderen Städten Sachsen und des Reiches stattfanden. Sonderflüge wurden ausgeführt auf den Strecken: Dresden-Tilsit, Dresden-Dresden-Bautzen, Dresden-Tilsit, Dresden-Bautzen, Dresden-Bautzen, Dresden-Chemnitz, Dresden-Dresden-München, während Flugstrecke in den Städten: Dresden, Bautzen, Görlitz, Bautzen, Bautzen stattfanden. Während die vorstehend aufgeführten Flugleistungen in der Hauptsache von einem der Juniors-Hilfsflugzeuge der Sächsischen Luftverkehrs-Aktiengesellschaft ausgeübt wurden, handelt es sich um zweite Flugzeuge im Streitkräfte der Trans-Europa-Union und zwar auf der Linie Frankfurt-München-Berneburg. Die von diesem Flugzeug auf der Strecke Frankfurt-München im regulären Verkehr erzielten Resultate, die in der Statistik der Trans-Europa-Union

erscheinen, sind in die oben genannten Ziffern nicht eingetragen. Die Tätigkeit der Sächsischen Luftverkehrs-Aktiengesellschaft hat sich unter geprägter Innenhaltung ihres Arbeitsprogramms entwickelet, wonach die Grundlage für den Anschluß Sachsen an den deutschen und damit den internationalen Luftverkehr zu schaffen sind. Durch das Auftreten ihrer Juniors-Hilfsflugzeuge ist fast allen größeren Städten Sachsen sowie der Reichsverwaltungshälfte innerhalb verbreitet worden, daß es bisher möglich war und weiter Kreise der Bevölkerung Sachsen halten Gelegenheit, moderne Verkehrsflugzeuge in ihrer Funktion kennenzulernen. Die in den einzelnen Städten Sachsen und des Reiches ausgeführten Flugstrecken wurden durch individuelle Flugverträge über die Entwicklung des schöpfigen Juniors-Hilfsflugzeugen und seine Bewährung im internationalen Luftverkehr ergänzt.

Gelehrterweise hat die bisher in Sachsen geleistete Arbeit der Sächsischen Luftverkehrs-Aktiengesellschaft diese zu vergleichen gehabt; denn die wichtigsten Städte Sachsen haben daraus Konsequenzen gezogen und sind ebenso bemüht, für die Schaffung öffentlicher Flughäfen in jungen, eine Grundbedingung für langjährige Durchführung des Luftverkehrs. Auch in Dresden sollt wird in dieser Beziehung mit einem Besuch vorgenommen, welcher den deutschen Luftverkehrs-Sache würdig ist. Die von der Sächsischen Hilfsflug-Verkehrs-G.m.b.H. für das Aufzubauen der Dresdner Flughafenstadt geleisteten Arbeiten könnten insofern recht gut gefordert werden, jedoch Dresden aller Wahrscheinlichkeit nach bereits in nächsten Jahren im Falle eines Flughafens sein wird, der sich im Laufe der Zeit zu einem allen Erfordernissen genügenden Großflughafen entwickeln läßt. Nachdem die Befreiungsarbeiten auf dem für diesen Zweck vorgesehenen Gelände gut fortgeschritten sind, kann dort bereits

in den nächsten Wochen mit dem Aufbau einer Flughafenstadt beginnen werden. In der Zwischenzeit wird für den Dresdner Luftverkehr der Flughafen in Radib noch benötigt, welcher zwar nicht als ideal zu bezeichnen ist, aber bei den jetzt in Deutschland verwendeten Flugzeugtypen immerhin als Provisorium vollständig ausreicht.

Was die Aufnahme des planmäßigen Streitkriegsflugzeugs anbelangt, so wird auf dem durch bisherigen Vorarbeiten erzielten Erfolg basierend intensiv weitergearbeitet. Es ist erfreulich, daß die Sächsische Luftverkehrs-Aktiengesellschaft schon jetzt die Möglichkeit hat, sich am planmäßigen Verkehr auf der Strecke Frankfurt-München, die in nächster Zeit ja auch an Sachsen angeschlossen werden soll, zu beteiligen. Nachdem infolge der Flughafenveranstaltungen in Sachsen und im Reichs-Luftverkehrs-Aktiengesellschaft in den letzten Tagen von Dresden abweichen war, wird es in den nächsten Tagen wieder in Radib zur Ausfahrt von Rundflügen über Dresden und Sonderflügen nach anderen Orten stationiert werden.

Einführung des Leipziger Mechanik-Notgeldes.

Das Notgeld für die Mäzenen in Leipzig hat auf Anordnung des Reichsministers der Finanzen die herausgegebenen Notgeldscheine zu 1 Goldmark und 20 Goldpfennige zur Einführung in der Zeit vom 16. Juni bis 16. Juli 1924 aufzurufen. Bis zum 16. Juli werden die Notgeldscheine an der Kasse des Mechanik- und des Kassen der Bezirksverbände Borna, Grimma, Oschatz, Rochlitz und Töbolsk eingelöst. Dann verlieren sie ihre Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel und ihre Einlösungspflicht hört auf.

* **Krankenhaushilfe für Nichtversicherte.** Zum Abschluß von Versicherungsvereinigungen zur Deckung der Kosten eines Krankenhausaufenthaltes ist jetzt Richtlinien für die Nichtversicherung Gelegentlich gegeben durch die Gründung der "Salus" Gemeinschaftliche Krankenhauskosten-Versicherungs-Aktion bis zur Höhe von 12 Wochen die Kosten in der gewöhnlichen Pflegestufe gegen eine Jahresprämie von je 1 Goldmark für je 1 Gebrauch taglichen Entschädigungs-Goldpfenniges. Über die Aufnahme wird ohne ärztliches Rücksicht auf Grund eines Fragebogens entschieden. Auch vorliegende Kollektionsbüchle sind ausreichig. Die Gesellschaft wird von ärztlichen und landesbehörden empfohlen und gefordert. Auskunft erhält die Dresden-Gesellschaft, Emil Preuß, Versicherung, Mühlenstraße 1, L., die auf Wunsch von ersten Interessenten die zum Abschluß von Versicherungsvereinigungen notwendigen Unterlagen überläßt.

Krumhermsdorf. Hier hat eine Majore-Gymnasium unter den Schulkindern auf, sobald die Schule geschlossen werden mußte. Gegen 60 Krankenhäuser sind bisher zu verzeichnen.

* **Eine Sondersteuer für Zigarettenpapier im besetzten Gebiet.** Die Sondersteuer, die bisher im besetzten Gebiet für Zigaretten und Zigarettenstäbchen wurde, ist nun auch auf Zigarettenpapier ausgedehnt worden; sie beträgt nach einer Melbung des "Zigaretten- und Zigaretten-Spezialist" (Dresden) 1,00 Goldmark für je 1000 Blätter und gilt auch für schon gebrauchsfertig hergestellte Zigarettenhüllen.

* **Die Goldmarkhandwerkerierung der Tabakfabrikate.** Die Nachversteuerung mittels Goldmarkhandwerker ist am 15. April noch mit Papiermarkhandwerker verschwunden gewesen. Tabakfabrikate hat zu zahlreichen Unstimmigkeiten bezüglich derjenigen Tabakwaren gehabt, die Grundlagen der Kreditbeschaffung im Ausland auf das jahr vorher bedroht worden sind. Man überbot sich gegenseitig mit den Ansprüchen, verwarf so läufig die Deutschland zu gewöhnlichen Kreditbeschaffungen und vergrößerte damit die eindrucksvollen deutschen Unterhändler die Schwierigkeiten. Die Gewerkschaften des ausländischen Geldgebers, Kredite bereitzustellen, wurde nicht nur durch die allgemeinen Umstände, insbesondere durch die Handhabung der Geschäftsaufgaben, zerschlagen, die ziellosen und manchmal jeder Unterlage entzündenden Kreditaufsuche verhinderten auch selbstverständlich nicht weniger die Haltung der internationalen Kapitalisten gegenüber den deutschen Reed bedrohlich. Eine der ersten großen Verluste, das Ausland für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft zu interessieren, war bekanntlich die Gründung der Internationalen Bank in Kopenhagen, die von der Darmstädter und Nationalbank zusammen mit ausländischen, insbesondere englischen Firmenkreisen ins Leben gerufen wurde. Die Bank hat ihre Tätigkeit Anfang Mai aufgenommen, und zwar, wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, mit geringem Erfolge. Es sind recht unsichere Beratungen auf diese Weise für deutsche Unternehmen unter günstlichen Bedingungen häufig gemacht worden und, was noch wichtiger ist, es wurden auch in händigen Zusammenfällen durch fortgesetzte gegenwärtige Würdigung und den Austausch von Informationen die Grundlagen für eine ernsthafte, zum Teil wohl auch länger bestehende Krediterteilung geschaffen. Vorbedingung für eine größere Ausdehnung dieser Kredite ist jedoch verständlich die Wiederherstellung eines besseren Vertrauensverhältnisses zwischen Kreditnehmern und Kreditoren, wie es unter den gegenwärtigen Verhältnissen unter der Herrschaft der Geschäftsausübung und ohne Goldmarken nicht möglich ist. Zu bedenken ist nur, daß die führenden Firmenkreise nicht schon viel früher den Forderungen einfließender kapitalistischer Wirtschaftspolitiker gefolgt sind, die schon vor vier Jahren als Postbegrenzung für die damals schon zu erwartende Kreditlinie die Errichtung eines Kreditinstitut unter Befolgung der deutschen Wirtschaftsländer verlangt haben.

* **Kreditinst. und Bündholzindustrie.** Zum Verein deutscher Bündholzfabrikanten wird dem B.T. geschrieben: Von der kreditreichen Kreditinst. besonders schwer getroffen ist die deutsche Bündholzindustrie insoweit, der für die Zahlung der Bündholzabrechnung durch das Reich vom 9. Juli 1923 vorgezeichneten Zahlungsschriften. Danach muß die Bündholzindustrie für die bis zum 16. Tage eines Kalendermonats entstandene Steuerschuld am 25. Tage des selben Monats und für die in der zweiten Hälfte des Kalendermonats entstandene Steuerschuld bis zum 10. Tage des nächsten Monats 60% des Verlaufspreises als Steuer an das Reich abführen. Durchschnittlich also innerhalb einer Periode von 12½ Tagen nach entstandener Steuerschuld, die mit dem Übertritt der Bündholz in den freien Verkehr als entstanden gilt. Bedeutet man demgegenüber, daß sich nach der erfolgten Glasfaserung der Markt und infolge der damit zusammenhängenden Kreditinst. in der Wirtschaftswelt allgemein schwächeren von einem und mehr Monaten eingezögert haben, so kann man ermessen, welche ungeheure Belastung die Bündholzindustrie dadurch erträgt, daß sie mehr als die Hälfte des Betrages, den sie die Abnehmer erhalten, in der vorliegen muß, um ihrer Steuerpflicht dem Reich gegenüber zu genügen. Bedeutet man weiter in Betracht, daß die Bündholzpreise infolge der Überproduktion und der durch den vermehrten Gebrauch von Feuerzeugen, die mit einer Steuer nicht belastet sind, sehr wochenden Konkurrenz auf einen Stand gejagt haben, die dem Fabrikanten von Bündholz einen Verlust nicht über kaum mehr lassen, so ist ohne weiteres klar, wie schwer die Industrie an den aus der Inflationzeit hantenden und für diese Zeit verhältnisweise, ja notwendigen, harten Bündholzabrechnen für die Bündholzindustrie zu ragen hat. Die Folgen davon sind, daß Betriebs einschränkungen bei fast allen Werken in erheblichem Maße, 50 und mehr Procente, durchgesetzt sind, ein großer Teil der Werke sogar ganz stillgelegt und weiterhin das ausländische Kapital, welches sich die Verbindung der deutschen Bündholzindustrie unter seiner Führung zum Ziel gestellt hat, leichtes Spiel hat. So in vor einigen Tagen wieder eine Bündholzfabrik in Bungsdorf in den Besitz der Mitteldeutschen Bündholzfabrik Altenbergschaft, die in ersten Beziehungen zu dem jenseitig amerikanischen Bündholzunternehmen steht, übergegangen. Es erscheint dringend erforderlich, daß die Reichsregierung die Zahlungsfähigkeit der Bündholzindustrie den wirtschaftlichen Notwendigkeiten entsprechend anpaßt und, solange dies nicht durch Gewebeförderung gelingen soll, wenigstens durch Gewährung von Subventionen der Industrie, die weitgehendst Ertragserlösen zeigt, damit nicht noch weitere vom deutschen Werke den internationalem Exportbetrieb zum Opfer fallen.

* **Die Bedrohung durch die Frankenspekulation.** Im möglichen finanziellen Bereich werden die effektiven, d.h. die von Deutschland tatsächlich an das Ausland abzuführenden Verträge des deutschen Wirtschafts in der Frankenspekulation auf 300 Goldmilliarden geschätzt. Damit hat unsere Privatwirtschaft Summen verdeckt, die ungefähr 50% der gesamten Jahresvermögenssummen aus der Vermögensbildung von Cannes entnehmen.

Dresdner Kurse vom 10. Juni.**Zentrale Staatspapiere.**

	Wert. Kurs. d. B. Bef. 1-5. Juli. 1-8.	Wert. Kurs. d. B. Bef. 19-10. Juli. 1-8.
1. Deut. Reichsbanknoten	8 68300 23	8 68300 20
2. Deut. Reichsbanknoten	8 18920 00	8 18920 00
3. Deut. Reichsbanknoten	4 20000 00	4 20000 00
4. Deut. Reichsbanknoten	10 10000 00	10 10000 00
5. Deut. Reichsbanknoten	268000 00	268000 00
6. Deut. Reichsbanknoten	150000 00	150000 00
7. Deut. Reichsbanknoten	1 19000 00	1 19000 00
8. Deut. Reichsbanknoten	1 19000 00	1 19000 00
9. Deut. Reichsbanknoten	1 19000 00	1 19000 00
10. Deut. Reichsbanknoten	1 19000 00	1 19000 00
11. Deut. Reichsbanknoten	1 19000 00	1 19000 00
12. Deut. Reichsbanknoten	1 19000 00	1 19000 00
13. Deut. Reichsbanknoten	1 19000 00	1 19000 00
14. Deut. Reichsbanknoten	1 19000 00	1 19000 00
15. Deut. Reichsbanknoten	1 19000 00	1 19000 00
16. Deut. Reichsbanknoten	1 19000 00	1 19000 00
17. Deut. Reichsbanknoten	1 19000 00	1 19000 00
18. Deut. Reichsbanknoten	1 19000 00	1 19000 00
19. Deut. Reichsbanknoten	1 19000 00	1 19000 00
20. Deut. Reichsbanknoten	1 19000 00	1 19000 00
21. Deut. Reichsbanknoten	1 19000 00	1 19000 00
22. Deut. Reichsbanknoten	1 19000 00	1 19000 00
23. Deut. Reichsbanknoten	1 19000 00	1 19000 00
24. Deut. Reichsbanknoten	1 19000 00	1 19000 00
25. Deut. Reichsbanknoten	1 19000 00	1 19000 00
26. Deut. Reichsbanknoten	1 19000 00	1 19000 00
27. Deut. Reichsbanknoten	1 19000 00	1 19000 00
28. Deut. Reichsbanknoten	1 19000 00	1 19000 00
29. Deut. Reichsbanknoten	1 19000 00	1 19000 00
30. Deut. Reichsbanknoten	1 19000 00	1 19000 00
31. Deut. Reichsbanknoten	1 19000 00	1 19000 00
32. Deut. Reichsbanknoten	1 19000 00	1 19000 00
33. Deut. Reichsbanknoten	1 19000 00	1 19000 00
34. Deut. Reichsbanknoten	1 19000 00	1 19000 00
35. Deut. Reichsbanknoten	1 19000 00	1 19000 00
36. Deut. Reichsbanknoten	1 19000 00	1 19000 00
37. Deut. Reichsbanknoten	1 19000 00	1 19000 00
38. Deut. Reichsbanknoten	1 19000 00	1 19000 00
39. Deut. Reichsbanknoten	1 19000 00	1 19000 00
40. Deut. Reichsbanknoten	1 19000 00	1 19000 00
41. Deut. Reichsbanknoten	1 19000 00	1 19000 00
42. Deut. Reichsbanknoten	1 19000 00	1 19000 00
43. Deut. Reichsbanknoten	1 19000 00	1 19000 00
44. Deut. Reichsbanknoten	1 19000 00	1 19000 00
45. Deut. Reichsbanknoten	1 19000 00	1 19000 00
46. Deut. Reichsbanknoten	1 19000 00	1 19000 00
47. Deut. Reichsbanknoten	1 19000 00	1 19000 00
48. Deut. Reichsbanknoten	1 19000 00	1 19000 00
49. Deut. Reichsbanknoten	1 19000 00	1 19000 00
50. Deut. Reichsbanknoten	1 19000 00	1 19000 00
51. Deut. Reichsbanknoten	1 19000 00	1 19000 00
52. Deut. Reichsbanknoten	1 19000 00	1 19000 00
53. Deut. Reichsbanknoten	1 19000 00	1 19000 00
54. Deut. Reichsbanknoten	1 19000 00	1 19000 00
55. Deut. Reichsbanknoten	1 19000 00	1 19000 00
56. Deut. Reichsbanknoten	1 19000 00	1 19000 00
57. Deut. Reichsbanknoten	1 19000 00	1 19000 00
58. Deut. Reichsbanknoten	1 19000 00	1 19000 00
59. Deut. Reichsbanknoten	1 19000 00	1 19000